

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXV/80

Bonn, den 29. April 1970

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

Seite		Zeilen
1 - 3	<u>Tag der Arbeit - Tag des Unfalls?</u>	137

In der Bundesrepublik starben von 1950 bis 1969 fast 145.000
Arbeitnehmer am Arbeitsplatz

Von Dr. Wilhelm Nölling, MdB

4	<u>Privatrundfunk im Saarland?</u>	46
---	------------------------------------	----

Die Saar-CDU wartet zunächst die Landtagswahl ab

Von Alwin Brück, MdB

5	<u>Von Erfurt bis Erfurt</u>	52
---	------------------------------	----

Ein exemplarisches Leben - Zum Tod von Gustav Ferl

G L O S S E

6	<u>"Proletarisches Grinsen"</u>	26
---	---------------------------------	----

7	<u>Scheels Besuch und die Opposition in Spanien</u>	43
---	---	----

Sozialdemokraten der PSI und der PSOE wollen sich wiedervereinigen

Von unserem H-DI-Korrespondenten in Madrid

Tag der Arbeit - Tag des Unfalls?

In der Bundesrepublik starben von 1950 bis 1969 fast 145.000
Arbeitnehmer am Arbeitsplatz.

Von Dr. Wilhelm Mölling, MdB

Nicht jeder unter den 22 Millionen Arbeitnehmern, die Tag für Tag zur Arbeit gehen oder fahren, kommt sicher am Arbeitsplatz an oder gesund wieder nach Hause, denn die Bundesrepublik ist ein unfallträchtiges Land. Ihre Fabriken produzieren nicht nur Rekorde an Output und Produktivität, sondern auch immer neue Höchstzahlen an Unfällen am Arbeitsplatz. An jedem der etwa 250 Arbeitstage des Jahres 1969 passierten fast 10.000 Arbeitsunfälle. An jedem Arbeitstag ereigneten sich zusätzlich 1.000 Wegeunfälle. Die Gesamtzahl aller Unfälle in der Arbeitswelt belief sich 1969 auf über 2,6 Millionen; sie war damit um fast 9 Prozent höher als im Jahre 1967. Daß die Zahl der Unfälle mit tödlichem Ausgang leicht rückläufig ist, ist ein schwacher Trost, wenn man bedenkt, daß im Jahre 1969 immerhin noch 6.228 Arbeitnehmer, davon 1.736 auf dem Arbeitsweg, starben. Von 1950 bis 1969 gab es insgesamt fast 145.000 Unfalltote am Arbeitsplatz. Die Ausgaben der gesetzlichen Unfallversicherungsträger haben sich seit 1962 weit mehr als verdoppelt: Sie betragen 1969 über 4,4 Milliarden DM.

Vor dem Hintergrund dieser alarmierenden Zahlen unternahm der Ausschuß für Arbeit und Sozialordnung des Deutschen Bundestages in der Zeit vom 22. - 24. April unter der Leitung Professor Schellenbergs eine Informationsreise in das Ruhrgebiet, in dem seit Januar die "Aktion gegen den Unfall 70" läuft. Der Zweck dieser Reise bestand in der Unterrichtung über praktischen Erfahrungen mit den Arbeitsschutzvorschriften und den Vorschriften über die Unfallverhütung nach dem Unfallversicherungs-Neuregelungsgesetz, dem Jugendarbeitsschutzgesetz und dem Gesetz über technische Arbeitsmittel.

Das Programm umfaßte die Besichtigung von Spätschichtarbeitsplätzen in einem Röhrenwerk, eines Mittelbetriebes der Metallbranche, der August-Thyssen-Hütte, eines größeren Handwerksbetriebes (Schlosserei und Verzinkerei) und einer Großbaustelle mit über 800 ständig Beschäftigten. An die Besichtigungen schlossen sich jeweils längere Diskussionen über die spezifische Unfallsituation der besuchten Betriebe an. Die Informationsreise wurde mit einer längeren Aussprache beendet, an der der Bundesarbeitsminister, der parlamentarische Staatssekretär, Mitglieder des Ausschusses, Vertreter der Bundes- und Landesregierung, der Berufsgenossenschaften und der Gewerbeaufsichtsämter sowie Sicherheitsbeauftragte aus den Betrieben teilnahmen.

Der Gesamteindruck war folgender: Das System des Arbeitsschutzes und der Unfallverhütung in der Bundesrepublik hinkt weit

hinter der Entwicklung und Organisation unserer Produktivkräfte her. Wir haben ein mangelhaft ausgebautes und nicht optimal koordiniertes System von Arbeitsschutzmaßnahmen.

Was liegt im Argen?

1. Das Gefühl, daß Unfälle nicht vermieden werden können, d.h. bis zu einem gewissen Grade hingenommen werden müssen, ist wahrscheinlich weiter verbreitet als man annimmt. Die Ursachen sind vielfältig: Profitstreben der Unternehmer, Termindruck, mangelnde Einsicht in die betriebswirtschaftlichen und volkswirtschaftlichen Kosten von Unfällen (die in der Regel auf die Allgemeinheit abgewälzt werden), Überschätzung der Kosten der Arbeitssicherheit, Unterschätzung der Möglichkeiten, durch Senkung der Unfallzahlen zur Kostensenkung und Gewinnsteigerung zu gelangen usw.

2. Die Zahl der hauptamtlich beschäftigten Sicherheitsingenieure ist unzureichend. Die Fragen nach ihrer Einordnung in die Betriebshierarchie, ihren Kompetenzen, ihren Ausbildungsanforderungen und Vorbereitungen sind nicht befriedigend beantwortet. Ähnliches gilt für die Beurteilung der Effizienz der Sicherheitsbeauftragten. Es herrscht eine Begriffsverwirrung, und es herrschen Unklarheiten über die Funktionen der Träger von Sicherheitsmaßnahmen. Die Koordination der Sicherheitsmaßnahmen in den Betrieben ist verbesserungsbedürftig.

3. Die betriebliche Zusammenarbeit mit den Berufsgenossenschaften und den Gewerbeaufsichtsämtern läßt zu wünschen übrig. Es finden bei weitem nicht genug Betriebsprüfungen statt. Die Gewerbeaufsichtsämter sind personell nicht ausreichend besetzt. Reibereien zwischen den Aufsichtsorganen scheinen eine Rolle zu spielen.

4. Es fehlen wirksame Anreizsysteme (solche ideeller und materieller Art), die zur Unfallverhütung anregen könnten.

5. Eine aussagefähige Unfallursachenforschung gibt es nicht. Selbst bei einem Unternehmen mit über 20.000 Beschäftigten und einem Jahresumsatz von Milliarden DM wird keine systematische Auswertung der immerhin über 2.000 Unfälle pro Jahr betrieben.

6. Die Ausstattung der Betriebe mit Werksärzten und Vertragsärzten ist unzureichend. Weder ist die praxisnahe Ausbildung des Arztnachwuchses gewährleistet, noch wird genügend getan (in der Frage der Bezahlung und der Einordnung in die Betriebshierarchie), um diese Arbeitsplätze attraktiv genug zu machen. Arbeitsmedizinische Erkenntnisse werden weder bei der Einstellung und Umsetzung von Arbeitnehmern auf neue Arbeitsplätze, noch bei der Ausgestaltung von Arbeitsplätzen im Ge-

folge von Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen ausreichend berücksichtigt.

7. Die bisher von der Regierung vorgelegten Unfallberichte waren so unbefriedigend wie die hier geschilderten Verhältnisse. Sie wurden in der Regel viel zu spät vorgelegt, hatten nur einen geringen Informationswert und gaben kaum Impulse oder Anstöße für eine nachhaltige Verbesserung der Lage. Die CDU-geführten Bundesregierungen haben 20 jahrelang dem Arbeitsschutz nicht genügend Interesse und Aufmerksamkeit gewidmet. Das Desinteresse an diesen Fragen scheint unvermindert anzuhalten: An der Informationsreise des Ausschusses nahmen nie mehr als sechs Mitglieder der CDU/CSU-Fraktion teil, gegenüber 17 der Regierungsparteien. Zur Schlußaussprache mit weit über 100 Teilnehmern waren ganze drei Abgeordnete der Opposition erschienen, aber 14 von den Regierungsparteien.

Die neue Bundesregierung mißt den Fragen der Arbeitssicherheit und Unfallverhütung größte Bedeutung bei. Sie wird noch in dieser Legislaturperiode eine Konzeption zur grundlegenden Verbesserung des Systems der Arbeitssicherheit in der Bundesrepublik vorlegen. Dabei wird es darauf ankommen, folgende Verbesserungen zu erreichen:

1. Wir brauchen eine zielgerichtete Unfallforschung. Diese Forschung muß wirklich zur Aufhellung des Unfallgeschehens führen (Zahl, Art, Ursache des Unfall). Mit den bisher von den Statistiken angelegten Zahlenfriedhöfen konnte kaum jemand etwas anfangen;

2. die Ergebnisse der Unfallforschung müssen für die Praxis fruchtbar gemacht werden, d.h. die Grundlage für die Ausbildung und Weiterbildung der Träger von Sicherheitsmaßnahmen sein (Rüstzeug für die Praktiker);

3. es muß eine grundlegende Verbesserung der Organisation des Arbeitsschutzes im Betrieb erreicht werden, und zwar durch Erlaß zwingender Vorschriften über Ausbildung, Beschäftigung, und Kompetenzen der hauptberuflichen Sicherheitsfachkräfte (Ingenieure, Mediziner, Psychologen usw.); es muß eine Verbesserung des Zusammenspiels der für die Arbeitsschutzmaßnahmen im Betrieb Verantwortlichen (einschließlich der Vorstandsmitglieder) erreicht werden;

4. das Interesse der Öffentlichkeit und aller Beteiligten muß geweckt werden. Es kann u.a. intensiviert werden durch die Vorlage lesbarer, inhaltsreicher, jährlich an das Parlament zu erstattender Unfallverhütungsberichte der Bundesregierung. Es müßte sichergestellt werden, daß diese Berichte nicht nur im Parlament ausführlich diskutiert und in der Öffentlichkeit beachtet werden.

5. Der gesetzliche Unfallversicherungsschutz muß auf weitere Personenkreise, wie beispielsweise Schüler, ausgedehnt werden.

Am 1. Mai, dem Tag der Arbeit, wäre es gut, wenn stärker als bisher darauf hingewiesen würde, daß neben und im Zusammenhang mit der Diskussion über die Ausweitung der Mitbestimmung vor allem eine nachhaltige Verbesserung des Arbeitsschutzes zu fordern ist. Sie könnte viel dazu beitragen, daß das Arbeitsleben und der Leistungswettbewerb im Sinne der Regierungserklärung vom 28. Oktober 1969 humanisiert werden.

Privatrundfunk im Saarland?

Die Saar-CDU wartet zunächst die Landtagswahl ab.

Von Alwin Brück, MdB

Die saarländische Regierung will vorerst doch keine Lizenz für eine private Rundfunkanstalt im Saarland geben. Angeblich weil noch viele Fragen ungeklärt seien. In Wirklichkeit aber wohl, weil Ministerpräsident Röder nicht vor der Landtagswahl am 14. Juni entscheiden möchte.

Eine Meinungsumfrage soll zwar ergeben haben, daß die Mehrheit der Saarländer die Errichtung eines privaten Rundfunks und eines privaten Fernsehens begrüßen würde, doch fühlt sich Röder angesichts der Auseinandersetzungen in der Öffentlichkeit, die bisher um den privaten Rundfunk geführt wurden, nicht recht wohl in seiner Haut. Er spielt lieber den zurückhaltenden "Landesvater", der sich nicht gerne in ein solches Geschäft einläßt, vor allem auch deshalb, weil seine Kollegen in den anderen Bundesländern die Bemühungen im Saarland um einen privaten Rundfunk nicht gerade mit Begeisterung aufgenommen haben.

Der saarländische Justizminister Alois Becker, der auch schon bei der Änderung des Rundfunkgesetzes, die eine Zulassung privaten Rundfunks im Saarland erst ermöglichte, die Fäden zog, muß erneut die "Drecksarbeit" machen. Dem Kenner der Verhältnisse im Saarland ist gleichwohl klar, daß der Ministerpräsident seine Hand im Spiel hat: Bei der Änderung des Rundfunkgesetzes, die zwar auf einen Antrag aus dem Landtag heraus zustandekam, war der heutige Justizminister noch Chef der Staatskanzlei.

Mittlerweile gibt es im Saarland die Freie Rundfunk AG, die vorerst einen privaten Rundfunksender betreiben will - nach dem Vorbild des vom Saarland aus sein Programm ausstrahlenden privaten französischen Senders "Europa I", der auch an der Freien Rundfunk AG im Saarland beteiligt ist. "Europa I"-Direktor Frederic Billmann, früher auch der Direktor von Radio Saarbrücken, hat im Ausland auch schon eine Welle für diesen Rundfunk erhandelt. Der Sender soll auf einer Welle, die dem jugoslawischen Sender Ljubljana gehört, sein Programm, das aus Unterhaltung, Information und Werbung bestehen soll, ausstrahlen.

Billmann hat seine Rechnung jedoch ohne das Bundespostministerium gemacht, dessen Sendegenehmigung noch aussteht. Das Bundespostministerium will zunächst prüfen, ob nicht andere Sender in Nachbarländer gestört werden. Außerdem liegt in Bonn ein Antrag des Hessischen Rundfunks vor, ihm die "Ljubljana-Welle" zu überlassen. Er brauche sie dringend, um die Empfangsqualitäten in seinem Sendebereich zu verbessern.

Für die "Freie-Rundfunk-AG" wird der 14. Juni ein wichtiges Datum sein. Behält die CDU ihre jetzige Position im Saarland, dann ist mit einer schnellen Erteilung der Lizenz zu rechnen, zumal die maßgebenden FDP-Politiker im Saarland im Gegensatz zum FDP-Hauptausschuß ebenfalls für die Zulassung eines privaten Rundfunks eintreten. Falls jedoch die SPD im Saarland die CDU ablösen sollte, dann wird es auch im Saarland so schnell keinen privaten Rundfunk geben.

+ + +

Von Erfurt bis Erfurt

Ein exemplarisches Leben - Zum Tod von Gustav Ferl

Gustav Ferl, langjähriger sozialdemokratischer Reichstags-Abgeordneter, einer, der von 94 Abgeordneten, die trotz Todesdrohung am 23. März 1933 gegen Hitlers Ermächtigungsgesetz stimmten, ist am 25. April 1970 in Bremen gestorben.

Im Dezember wäre er achtzig Jahre alt geworden. Er wurde im selben Jahr 1890 geboren, als August Bebel Bismarck besiegte und das Ausnahmegesetz fiel, mit dem die Sozialdemokraten zwölf Jahre lang in den Bann getan wurden. Die Sozialdemokraten zogen damals als die stärkste deutsche Partei in den Reichstag ein und Bismarck wurde entlassen. Das Programm, das sich die Sozialdemokraten beim Wiederbeginn ihrer legalen politischen Tätigkeit gaben, beschlossen sie auf ihrem Parteitag in Erfurt.

Fast genau zwischen Erfurt 1891 und Erfurt 1970 verlief das Leben dieses politischen Kämpfers. Es war in jeder Weise exemplarisch. Am Stadtrand von Magdeburg, in Groß-Ottersleben, aus dem viele führende Sozialdemokraten kamen, als Sohn besitzloser Landarbeiter geboren, von der Tischlerlehre schon früh über die Arbeiter-Sportbewegung zur SPD, wurde als Soldat des Ersten Weltkrieges Soldatenrat, 1920 Sekretär und dann auch bald Leiter des SPD-Bezirk Magdeburg-Anhalt. Von 1925 bis zum bitteren Ende 1933 war er Reichstagsabgeordneter seiner Partei.

In dem Buch "Mit dem Gesicht nach Deutschland" wurden aus dem Nachlaß von Friedrich Stampfer auf 750 Seiten viele wichtige Dokumente aus der sozialdemokratischen Emigration veröffentlicht. Dieses Buch, mit dem sich noch ganze Generationen von Historikern werden beschäftigen müssen, ist ein Denkmal des weltweiten sozialdemokratischen Widerstandes. In ihm taucht, in Verbindung mit vielen Namen, die schon längst zur deutschen Geschichte gehören, oft auch der Name Gustav Ferl auf, der als Beauftragter der Partei unmittelbar hinter der Grenze die Verbindung hielt zu den untergetauchten Sozialdemokraten in der Heimat. Von Brüssel aus wagte sich Ferl elfmal mit falschen Papieren ins Dritte Reich, wurde um ein Haar dabei in Köln verhaftet und wich erst 1940 vor den deutschen Truppen nach Paris aus. In Frankreich brachte ihn die Vichy-Regierung in ein Internierungslager. Breitscheid und Hilferding wurden aus diesem Lager den Verderbern Deutschlands übergeben. Ferl gelang es 1941, durch die Unterstützung eines französischen Gendarmen, zu fliehen. Über die Pyrenäen, immer bedroht durch Hunger und die Frankopolizei, kam er nach Lissabon. Mit Hilfe amerikanischer und englischer Quäker, die einen kleinen Viehtransporter charterten, fuhren die letzten deutschen Flüchtlinge nach Amerika. Als der "Viehtransporter" in New York ankam, begrüßte Max Brauer die Geretteten.

Inmitten einer ganz fremden Welt, "immer mit dem Gesicht nach Deutschland" bekam Gustav Ferl durch Vermittlung der Quäker Arbeit als "Helfer für alles" in einem Sporthelm in Indianapolis. Mit 58 Jahren, kehrte er nach Deutschland zurück. Die Heimat Magdeburg aber blieb dem nun altgewordenen Kämpfer noch ebenso fern wie in Indianapolis auf dem anderen Kontinent. - Gustav Ferl hat noch mit innerster Anteilnahme verfolgt, wie nach fast achtzig Jahren, abermals durch die Sozialdemokraten, mit dem Namen Erfurt eine entscheidende Stunde der deutschen Geschichte schlug. Sozialdemokraten aus aller Welt, unter denen sich auch Magdeburger befinden, denen Erfurt die Hoffnung auf ein Wiedersehen mit der alten Heimat gab, werden ihn am 30. April zur letzten Ruhestätte in Bremen begleiten.

Ernst Thape.

G L O S S E

"Proletarisches Grinsen"

Am ersten Tag dieser Woche beschäftigte sich "Die Welt" mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag. Zu meiner Beruhigung war es ein Meinungsbeitrag, denn die Nachricht ist ja bekanntlich heilig. Eine Behauptung blieb hängen: "das proletarische Grinsen" Herbert Wehners.

Unabhängig davon, daß Montag-Artikel mit Montags-Wagen der Automobilindustrie verdächtig verwandt sind, sollte diese sicher wissenschaftlich begründete Aussage laienhaft untersucht werden. Die Ausdruckspsychologie unterscheidet Physiognomik und Pathognomik. Die eine leitet aus der Bauform des Körpers und einzelner Teile wie dem Gesicht bestimmte Deutungen her. Die andere bezieht sich auf Mimik, Gestik, Gebärden. Auch wenn es dem Welt-Psychologen über die Hutkrempe geht, lassen sich nur folgende Eindruckswerte aus der Gesichtsfiguration eines menschlichen Gesichts zustande bringen: Heitere oder traurige Stimmung, guter oder böser Charakter, sympathische oder unsympathische Wirkung, Schönheit oder Häßlichkeit, Intelligenz oder fehlende Intelligenz, Energie oder fehlende Willensstärke.

Ich war gerade dabei, mir ein Foto des Verfassers zu beschaffen, um Eindruckswerte über ihn zu gewinnen, da plumpste "Der Spiegel" in meinen Briefkasten. Ich entdeckte den Abdruck einer Aktennotiz aus dem Springer-Haus, nach der es sich bei dem Erfinder des proletarischen Grinsens "entgegen den ersten Eindrücken wohl nicht (auch) um den Erfinder des Schießpulvers handle" usw. usw.

Leider hängt in meinem Arbeitszimmer kein Spiegel. Ein Blick darein hätte mir und der Wissenschaft endlich Antwort auf die brennende Frage gegeben, was proletarisches Grinsen ist!

Alfred Adam.

Scheels Besuch und die Opposition in Spanien

Sozialdemokraten der PSI und der PSOE wollen sich wiedervereinigen
Von unserem H-DI-Korrespondenten in Madrid

Bundesaussenminister Walter Scheel war der erste Staatsgast in Spanien, der darauf bestand, auch mit Vertretern der spanischen Opposition zu sprechen. Von den insgesamt vier oppositionellen Gesprächspartnern Scheels waren allerdings zwei früher Francos treue Diener: der heutige Christdemokrat und frühere Erziehungsminister Ruiz-Giménez und der Monarchist José M. de Areilza, Graf von Motrico, einst Botschafter in Washington und Paris und massgeblich beteiligt am Zustandekommen des spanisch-amerikanischen Stützpunktvertrages von 1953 und des spanisch-sowjetischen Dialogs in Madrid.

Neben Ruiz-Giménez war Hauptwortführer der Vierergruppe der sozialistische Rechtsanwalt Prof. E. Tierno-Galván. Er wertete Scheels Besuch als einen ersten Schritt zur Wiederherstellung der Legalität der Opposition in Spanien. Ein anderer der von Bonner Aussenminister empfangenen Regimegegner stellte jedoch sein Bedauern darüber in den Vordergrund, "dass kein Arbeiterführer zugegen war, die Opposition daher unterrepräsentiert" gewesen sei.

Die spanischen Oppositionellen bezeichneten den deutschen Botschafter in Madrid, Prof. Hermann Meyer-Lindenberg, als einen "bewährten Antifaschisten und Demokraten". Vor allem aber waren sie des Lobes voll über den Bundestagsabgeordneten der SPD, Hans Matt-
höfer. Er habe sich "grosse Verdienste um die Demokratie in Spanien" erworben und bewaise immer aufs neue "Solidarität mit den Opfern der Unterdrückung".

Zur Kritik der spanischen Opposition an einem sich anbahnenden Geschäft einer Münchener Firma mit dem spanischen Heeresministerium, bei dem es um Lieferung von Leopard-Panzern geht, wurde deutschseits betont, erstens eigneten sich die "Leopards" ebensowenig wie U-Boote für Polizeieinsätze, sie könnten also wirklich nur dem spanischen Heer nützlich sein, und zweitens würde - wie Ostblock-Diplomaten in Madrid bestätigten - der Osten sofort einspringen, wenn westlicherseits keine Panzer geliefert werden.

Zur Kritik der spanischen Opposition daran, dass die BRD einen Entwicklungskredit von 200 Mio DM für die landwirtschaftliche Erschliessung Südostspaniens (Tajo-Segura-Kanal) gibt, wurde deutscherseits erwidert, dass der Spanienkenner, Entwicklungshilfe-Experte und frühere FDP-Bundestagsabgeordnete Prof. Fritz Baade diese Art Hilfe als die bestgeeignete ansehe, um den Lebensstandard in Spanien zu heben, ohne doch dem politischen Regime einen Zuwachs an wirtschaftlicher Macht zu verschaffen.

Scheels Spanien-Besuch hatte übrigens noch ein wichtiges Neben-
ergebnis: Die sozialistische Gruppe PSI, die sich vor drei Jahren aus zumeist persönlichen Gründen von der Mutterpartei, PSOE, getrennt hatte, strebt jetzt die Wiedervereinigung mit der PSOE an.